

INHALT

- | | |
|---|---|
| 13. Einrichtung der Landesverwaltungsgerichte
– weitere Informationen | 15. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Jänner bis April 2013
Verbraucherpreisindex Februar 2013
(vorläufiges Ergebnis) |
| 14. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
April 2013 | |

13.

Einrichtung der Landesverwaltungsgerichte - weitere Informationen

1. Allgemeines:

Mit der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012, BGBl. I Nr. 51, wurden die bundesverfassungsgesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz geschaffen. Bekanntlich sieht diese Novelle nach dem Modell „9+2“ vom 1. Jänner 2014 an auf Bundesebene die Einrichtung eines Bundesverwaltungsgerichts und eines Bundesfinanzgerichts und in jedem Land die Einrichtung eines Landesverwaltungsgerichts vor. Die Voraussetzungen hierfür wurden in Tirol auf landesverfassungsgesetzlicher Ebene mit der Novelle LGBl. Nr. 147/2012 zur Tiroler Landesordnung 1989 (vgl. hierzu deren neuen IV. Teil „Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes“) und auf einfachgesetzlicher Ebene mit dem Tiroler Landesverwaltungsgerichtsgesetz, LGBl. Nr. 148/2012, das die Organisation des Landesverwaltungsgerichts für Tirol und das Dienstrecht seiner Mitglieder regelt, geschaffen. Weiters wurde das Tiroler Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz, LGBl. Nr. 150/2012, erlassen, mit dem jene Anpassungen im Bereich der Landesrechtsordnung vorgenommen werden, die in diesem Zusammenhang insbesondere in verwaltungsorganisatorischer Hinsicht notwendig wurden. Der Entwurf eines zweiten Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetzes, mit dem im Bereich der Landesrechtsordnung die noch ausstehenden Rechtsanpassungen – insbesondere in verfahrensrechtlicher Hinsicht – vorgenommen werden sollen, befindet sich in Ausarbeitung.

Mittlerweile liegt das Verwaltungsgerichtsbarkeits-Ausführungsgesetz 2013, BGBl. I Nr. 33, vor, das in seinem Art. 1 das für das Bundesverwaltungsgericht und die Landesverwaltungsgerichte geltende Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz – VwGVG beinhaltet. Der Art. 2 leg. cit. enthält das Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetz, das insbesondere den Verfahrensübergang von den bisherigen Berufungsbehörden auf die Verwaltungsgerichte erster Instanz regelt. Die Art. 3 und 4 des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Ausführungsgesetzes 2013 betreffen die erforderlichen Anpassungen im VwGG (dort insbesondere die nähere Ausgestaltung des neuen Revisionsmodells) und des VfGG, die Art. 5 bis 8 leg. cit. sehen schließlich Änderungen der allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetze (EGVG, AVG, VStG und VVG) vor.

Im Folgenden soll ein Überblick über die verfahrensrechtlichen Neuerungen aufgrund des VwGVG gegeben werden, der sich jedoch auf die wesentlichsten Eckpunkte beschränken muss. In einem weiteren Schritt sollen die sehr komplexen Regelungen des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetzes über den Verfahrensübergang von den bisherigen Berufungsbehörden auf das (Landes)Verwaltungsgericht und die Überleitung der beim Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof anhängigen Bescheidbeschwerdeverfahren zusammenfassend dargestellt werden, wobei auch auf die damit zusammenhängenden besonderen Rechtsbehrungspflichten in allen nach dem Ablauf des 30. September 2013 genehmigten Bescheiden eingegangen wird.

2. Zum Verwaltungsgerichts- verfahrensgesetz – VwGVG:

Die folgende Darstellung beschränkt sich auf das Bescheidbeschwerdeverfahren und auf kurze Hinweise zum Verfahren über Beschwerden gegen die Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt (Maßnahmenbeschwerden) und über Säumnisbeschwerden (Art. 130 Abs. 1 Z. 1, 2 und 3 B-VG [neu]).

Behandelt werden die Beschwerde, das Vorverfahren vor der Behörde, das eigentliche Beschwerdeverfahren vor dem Verwaltungsgericht und die Revision an den Verwaltungsgerichtshof.

Zur Beschwerde:

Die zentrale Neuerung besteht in der bereits bundesverfassungsgesetzlich grundgelegten **Abschaffung des administrativen Instanzenzuges. An die Stelle der bisherigen Berufung** gegen verwaltungsbehördliche Bescheide tritt die **Beschwerde** an das zuständige Verwaltungsgericht. Wie bisher die Berufung, ist auch die Beschwerde bei der bescheiderlassenden Behörde einzubringen (§ 12), die Beschwerdefrist beträgt aber vier Wochen (§ 7 Abs. 4).

Der notwendige Beschwerdeinhalt ist formaler als die bisherigen Inhaltserfordernisse der Berufung geregelt (§ 9); dies hängt damit zusammen, dass – was wiederum bereits bundesverfassungsgesetzlich grundgelegt ist – Voraussetzung für die Beschwerdelegitimation die Behauptung einer Rechtsverletzung ist. Allerdings muss diese in der Beschwerde nicht ausdrücklich behauptet werden, es genügen die Anführung der Beschwerdegründe und ein entsprechendes Begehren (aus dem die behauptete Rechtsverletzung erschließbar sein muss, anderenfalls ein Mängelbehebungsauftrag nach § 13 Abs. 3 AVG zu erfolgen hat). Im Ergebnis soll sich daraus aber keine Verschärfung der inhaltlichen Anforderungen im Vergleich zur derzeitigen Berufung ergeben.

Im Umfang des Art. 132 Abs. 1 Z. 2 B-VG (neu) besteht ein Amtsbeschwerderecht des zuständigen Bundesministers (im Wesentlichen in jenen Angelegenheiten der Landesverwaltung bzw. des übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinde, die in die Gesetzgebungs- bzw. Grundsatzgesetzgebungskompetenz des Bundes fallen).

Anders als Bescheidbeschwerden sind Maßnahmenbeschwerden unmittelbar beim Verwaltungsgericht einzubringen (§§ 12 zweiter Satz und 20 erster Satz). Bei diesen entfällt auch die Möglichkeit der Beschwerdevoentscheidung durch die belangte Behörde (§ 14 Abs. 1), die Beschwerdefrist beträgt hier sechs Wochen (§ 7 Abs. 4).

Zum Vorverfahren:

Nach der Systematik des VwGVG teilt sich das (Bescheid-)Beschwerdeverfahren in ein Vorverfahren, das vor der Behörde stattfindet (§§ 11 ff), und das eigentliche Beschwerdeverfahren vor dem Verwaltungsgericht (§§ 17 ff). Im Vorverfahren sind im Wesentlichen jene Verfahrensvorschriften anzuwenden, die im zugrunde liegenden Verwaltungsverfahren anzuwenden waren (§ 11). Das Vorverfahren beginnt mit dem Einlangen der Beschwerde bei der bescheiderlassenden Behörde. Es endet mit der Vorlage der Beschwerde an das Verwaltungsgericht.

Ebenso wie bisher der Berufung kommt der **Beschwerde an das Verwaltungsgericht aufschiebende Wirkung** zu, die jedoch im öffentlichen Interesse oder Parteiinteresse bei Gefahr im Verzug ausgeschlossen werden kann. Zuständig ist hierfür im Vorverfahren die Behörde (§ 13 Abs. 2).

Vergleichbar der bisherigen Berufungsvorentscheidung besteht für die Behörde die Möglichkeit der **Beschwerdevorentscheidung** (§ 14). Hinsichtlich der verfahrensrechtlichen Ausgestaltung bestehen aber zwei wesentliche Unterschiede. Zum einen ist die Kognitionsbefugnis nicht beschränkt, sie beinhaltet auch die Möglichkeit der Abweisung der Beschwerde. Zum anderen bewirkt der Vorlageantrag nicht das Außerkrafttreten der Beschwerdevoentscheidung, sodass Entscheidungsgegenstand für das Verwaltungsgericht der durch die Beschwerdevoentscheidung gegebenenfalls geänderte Bescheid ist. Dem Vorlageantrag kommt ebenso wie der Beschwerde aufschiebende Wirkung zu, die aber wiederum aberkannt werden kann.

Zum eigentlichen Beschwerdeverfahren:

Wie bereits erwähnt, ist dies das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht. Das Verwaltungsgericht hat dabei subsidiär jene Verfahrensvorschriften anzuwenden, die die Behörde im vorausgegangenen Verfahren angewendet hat bzw. anzuwenden gehabt hätte; das AVG (mit bestimmten Ausnahmen), die BAO, das AgrVG und das DVG werden ausdrücklich genannt (§ 17).

Im Beschwerdeverfahren sind alle Schriftstücke beim Verwaltungsgericht einzubringen (§ 20). Parteistellung hat auch die belangte Behörde (§ 18).

Auch während des Beschwerdeverfahrens bleibt die aufschiebende Wirkung der Beschwerde erhalten. Über deren allfällige Aberkennung entscheidet in dieser Phase jedoch das Verwaltungsgericht (§ 22).

Das VwGVG enthält weiters Regelungen insbesondere über die Ladungsbefugnis, die Verpflichtung zur

Durchführung einer (öffentlichen) mündlichen Verhandlung, die Unmittelbarkeit des Verfahrens, den Gebührenanspruch von Zeugen und Beteiligten, die Wiederaufnahme des Verfahrens, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, den Kostenersatz und für den Verwaltungsstrafbereich auch über die Verfahrenshilfe.

Die Prüfbefugnis der Verwaltungsgerichte ist grundsätzlich auf das Beschwerdevorbringen beschränkt (ähnlich wie dies nach der ständigen Rechtsprechung des VwGH zu § 66 Abs. 4 AVG insbesondere im Mehrparteienverfahren bereits der Fall ist). Vom Verwaltungsgericht jedenfalls zu prüfen ist jedoch die Frage der Zuständigkeit der belangten Behörde (§ 27).

Vergleichbar der derzeitigen Regelung für das (Berufungs-)Verfahren beträgt die Entscheidungsfrist, soweit materienspezifisch nichts anderes bestimmt ist, sechs Monate. Allerdings beginnt diese Frist – anders als derzeit – auch dann, wenn die bescheiderlassende Behörde zunächst eine Beschwerdevorentscheidung erlässt, erst mit der Vorlage der Beschwerde an das Verwaltungsgericht zu laufen. Im Säumnisfall kann ein Fristsetzungsantrag an den Verwaltungsgerichtshof gestellt werden (§ 34 VwGVG i. V. m. § 38 VwGG).

In der Sache entscheidet das Verwaltungsgericht durch Erkenntnis, Formalentscheidungen (Zurückweisung, Einstellung des Verfahrens) und (Verfahrens-)Anordnungen erfolgen mit Beschluss. Erkenntnisse ergehen im Namen der Republik. Sie sind zu verkünden, schriftlich auszufertigen, zu begründen und zuzustellen; die Verkündung entfällt jedoch, wenn eine Verhandlung nicht stattgefunden hat oder die Verkündung im Anschluss an die Verhandlung nicht möglich ist. Beschlüsse (mit Ausnahme von ausschließlich verfahrensleitenden Beschlüssen) sind zu begründen und zuzustellen; gegen sie ist ebenso wie gegen Erkenntnisse (ordentliche oder außerordentliche) Revision an den Verwaltungsgerichtshof zulässig (§§ 28 Abs. 1, 29 und 31 Abs. 3).

In Verwaltungsstrafsachen hat das Verwaltungsgericht (außer im Fall der Zurückweisung oder der Verfahrenseinstellung) immer in der Sache selbst zu entscheiden (§ 50). In Administrativsachen ist dies nur dann der Fall, wenn der maßgebende Sachverhalt (zur Gänze) feststeht oder die Feststellung desselben durch das Verwaltungsgericht im Interesse der Verfahrensoökonomie gelegen ist. Diese Fälle sind bereits bundesverfassungsgesetzlich grundgelegt. Darüber hinaus gilt Folgendes: Der belangten Behörde kommt ähnlich dem derzeitigen § 67h AVG ein Widerspruchsrecht zu. Auch im Fall notwendiger Ergänzungen des Ermittlungsverfahrens ist das Verwaltungsgericht zur Bescheidaufhe-

bung und Zurückverweisung des Verfahrens an die belangte Behörde berechtigt. Im Ermessensfall ist es hierzu sogar verpflichtet. Im fortgesetzten Verfahren ist die Behörde an die tragende Begründung des Zurückverweisungsbeschlusses gebunden (vgl. zu diesen im Einzelnen sehr komplexen Regelungen § 28 Abs. 1 bis 4).

Im Verfahren über Maßnahmenbeschwerden ist die beschwerdegegenständliche Maßnahme gegebenenfalls wie derzeit vom Unabhängigen Verwaltungssenat für rechtswidrig zu erklären und aufzuheben, woran sich erforderlichenfalls die Verpflichtung der belangten Behörde knüpft, diese unverzüglich zu beenden (§ 28 Abs. 6). Auch der (pauschalierte) Kostenersatz ist ähnlich dem geltenden § 79a AVG geregelt (§ 35).

Zur Revision:

An die Stelle der bisherigen Bescheidbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof tritt die Revision gegen Erkenntnisse und Beschlüsse des Verwaltungsgerichts. Revision kann nur wegen Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung erhoben werden (Art. 131 B-VG [neu]).

Im Einzelnen ist das Revisionsverfahren im VwGG (§§ 25a ff) ähnlich den zivilprozessualen Vorschriften geregelt. Demnach ist zwischen der ordentlichen und der außerordentlichen Revision zu unterscheiden. Ob eine Revision zulässig ist, hat demnach das Verwaltungsgericht im Spruch seines Erkenntnisses oder Beschlusses auszusprechen (ordentliche Revision). In diesem Fall hat das Verwaltungsgericht in einem Vorverfahren auch über die Zulässigkeit der (konkret vorliegenden) Revision zu entscheiden. Im Fall der Zurückweisung der Revision kann ein Vorlageantrag an den Verwaltungsgerichtshof gestellt werden.

Lässt das Verwaltungsgericht die Revision dagegen nicht zu, so kann – im Wesentlichen mit der Begründung, dass das Vorliegen einer Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zu Unrecht verneint worden ist – außerordentliche Revision erhoben werden. In diesem Fall findet ein Vorverfahren vor dem Verwaltungsgericht nicht statt. Das Verwaltungsgericht hat die Revision den übrigen Verfahrensparteien zuzustellen und dem Verwaltungsgerichtshof zur Entscheidung vorzulegen.

3. Zum Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetz:

Wie eingangs bereits erwähnt, sind die Bestimmungen dieses Gesetzes äußerst komplex. Im Folgenden soll in erster Linie auf den aus der Sicht der Verwaltung besonders interessierenden Übergang der am 31. Dezember 2013 anhängigen Berufungsverfahren auf das (Lan-

des) Verwaltungsgericht eingegangen werden. Im **Gemeindebereich** betrifft dies die **bundesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches** (etwa nach der Straßenverkehrsordnung 1960). In den landesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde (insbesondere Bau- und Abgaberecht) wurde ja bekanntermaßen mit dem Tiroler Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz dieser Instanzenzug ausgeschlossen (vgl. § 17 Abs. 2 TGO und § 41 Abs. 1 des Innsbrucker Stadtrechtes 1975 in der Fassung der Art. 8 bzw. 10 leg. cit.; siehe auch Merkblatt Ausgabe Jänner 2013, Nr. 1). In diesen Fällen obliegt die Regelung der Übergangsbestimmungen dem Landesgesetzgeber, welche im derzeit in Ausarbeitung stehenden Entwurf eines zweiten Tiroler Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetzes getroffen werden soll.

Auf die Überleitung der in diesem Zeitpunkt beim Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof anhängigen Bescheidbeschwerdeverfahren wird dagegen nur cursorisch hingewiesen.

Zum Übergang der Berufungsverfahren:

Mit dem 1. Jänner 2014 verlieren die bisherigen Berufungs- und Vorstellungsbehörden ihre Zuständigkeit bzw. Entscheidungsbefugnis und damit die Möglichkeit zur Erlassung von Berufungs- bzw. Vorstellungsbescheiden. Damit die Bescheide, deren Zustellung zwar veranlasst worden ist, die in diesem Zeitpunkt aber noch nicht zugestellt (und damit noch nicht erlassen) sind, dennoch rechtliche Existenz erlangen können, ist eine Zustellfiktion vorgesehen. Solche Bescheide gelten kraft Gesetzes mit dem Ablauf des 31. Dezember 2013 (Übergangszeitpunkt) als zugestellt. Der Fristenlauf bestimmt sich jedoch vom (späteren) tatsächlichen Zustellzeitpunkt. Ein nur mündlich verkündeter Bescheid, dessen Zustellung im Übergangszeitpunkt noch nicht veranlasst wurde, tritt jedoch außer Kraft (§ 2).

Für den Verfahrensübergang sind nunmehr jene Fälle von Belang, in denen im Übergangszeitpunkt die Berufungsfrist offen steht, und zwar unabhängig davon, ob eine Berufung bereits erhoben worden ist oder nicht. Diese Verfahren gehen von den bisherigen Berufungsbehörden auf das Verwaltungsgericht über. Wurde die Berufung bereits erhoben, so gilt diese kraft Gesetzes als Beschwerde. Ist dies nicht der Fall, so kann vom 1. Jänner bis zum Ablauf des 29. Jänner 2014 (und somit losgelöst vom tatsächlichen Zustellzeitpunkt) Beschwerde an das Verwaltungsgericht erhoben werden (§ 3 Abs. 1).

Im Mehrparteienverfahren kann die Situation eintreten, dass ein gegenüber mindestens einer Partei im Übergangszeitpunkt bereits zugestellter Bescheid den anderen Parteien erst nach diesem Zeitpunkt zugestellt wird. Diese können innerhalb von vier Wochen vom tatsächlichen Zustellzeitpunkt an Beschwerde an das Verwaltungsgericht erheben (§ 3 Abs. 2).

Besonders hinzuweisen ist auf die **Rechtsbelehrungspflicht** nach § 3 Abs. 3. In allen nach dem Ablauf des 30. September 2013 genehmigten Bescheiden ist auf die vorhin geschilderten Rechtsfolgen hinzuweisen. Die Abteilung Verfassungsdienst wird rechtzeitig einen Textvorschlag über die Gestaltung dieser Hinweise zur Verfügung stellen.

Diese Regelungen gelten nach § 3 Abs. 4 gleichermaßen auch für das (entfallende) gemeindeaufsichtsbehördliche Vorstellungsverfahren, wenn nach dem 31. Dezember 2013 weiterhin ein zweistufiger Instanzenzug besteht (vgl. hierzu Art. 118 Abs. 4 B-VG [neu]), **was – wie oben bereits ausgeführt – in den bundesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Fall ist.**

Im Übergangszeitpunkt beim Unabhängigen Verwaltungssenat anhängige Maßnahmenbeschwerden gehen im Wesentlichen nach denselben Regeln, wie sie für Berufungen gelten, auf das Verwaltungsgericht über (§ 3 Abs. 5).

Zur Überleitung der Bescheidbeschwerdeverfahren:

Diese Fälle der Rechtsüberleitung betreffen letztinstanzliche Bescheide, bei denen im Übergangszeitpunkt die Frist zur Erhebung einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof (§ 4) oder Verfassungsgerichtshof (§ 5) offen steht.

Die Verfahrensüberleitung ist hier im Wesentlichen vergleichbar dem vorhin geschilderten Verfahrensübergang von den Berufungsbehörden auf die Verwaltungsgerichte geregelt, wobei Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof nach Art. 130 Abs. 1 lit. a B-VG (alt) als Revisionen nach Art. 130 Abs. 1 Z. 1 B-VG (neu) gelten. Für nach dem 30. September 2013 genehmigte Bescheide besteht in gleicher Weise eine **Rechtsbelehrungspflicht** über den Verfahrensübergang.

Im Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof gilt die Revisionschranke nach Art. 133 Abs. 4 B-VG (neu) nur dann, wenn sich die Revision gegen den Bescheid einer unabhängigen (nicht weisungsgebundenen) Behörde richtet. Bei allen anderen Behörden besteht weiter das Ablehnungsrecht nach Art. 131 Abs. 3 B-VG (alt).

Dr. Dieter Wolf
Abteilung Verfassungsdienst

14.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden April 2013

Ertragsanteile an	April		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	5.537.988	5.965.035	427.047	7,71
Lohnsteuer	16.449.088	16.244.602	-204.486	-1,24
Kapitalertragsteuer	-11.862	616.254	628.116	5294,98
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.126.018	1.025.528	-100.490	-8,92
Körperschaftsteuer	9.735.706	10.952.030	1.216.324	12,49
Erbschafts- und Schenkungssteuer	93.404	4.238	-89.166	-95,46
Stiftungseingangssteuer	4.381	6.274	1.893	43,20
Bodenwertabgabe	131.806	118.129	-13.677	-10,38
Stabilitätsabgabe	985.544	902.951	-82.593	-8,38
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	34.052.073	35.835.042	1.782.969	5,24
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	21.583.981	21.770.044	186.063	0,86
Abgabe von alkoholischen Getränken	28	25	-3	-10,99
Tabaksteuer	6.783	1.267.237	1.260.455	18583,51
Biersteuer	94.010	48.133	-45.877	-48,80
Mineralölsteuer	2.809.272	1.855.947	-953.325	-33,93
Alkoholsteuer	110.145	102.939	-7.206	-6,54
Schaumweinsteuer	1.177	761	-416	-35,34
Kapitalverkehrsteuern	52.489	25.428	-27.061	-51,56
Werbeabgabe	335.853	320.998	-14.854	-4,42
Energieabgabe	668.608	941.990	273.382	40,89
Normverbrauchsabgabe	318.114	308.353	-9.762	-3,07
Flugabgabe	74.667	69.333	-5.334	-7,14
Grunderwerbsteuer	7.443.572	8.874.489	1.430.917	19,22
Versicherungssteuer	723.913	874.134	150.220	20,75
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.135.742	983.442	-152.301	-13,41
KFZ-Steuer	85.806	81.573	-4.233	-4,93
Konzessionsabgabe	154.051	146.559	-7.493	-4,86
rechnungsmäßig Ertragsanteile	35.598.212	37.671.385	2.073.173	5,82
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	34.719.128	36.792.302	2.073.173	5,97
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	68.771.201	72.627.343	3.856.142	5,61
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.781.339	5.829.935	48.596	0,84
Werbesteuerausgleich	53.967	51.538	-2.429	-4,50
Werbeabgabe nach der Volkszahl	281.885	269.460	-12.425	-4,41
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

15.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis April 2013

Ertragsanteile an	Jänner - April		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	13.969.421	14.177.988	208.567	1,49
Lohnsteuer	73.214.997	78.244.621	5.029.625	6,87
Kapitalertragsteuer	3.193.290	3.363.715	170.425	5,34
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	2.155.381	2.534.847	379.466	17,61
Körperschaftsteuer	22.830.856	23.838.269	1.007.413	4,41
Erbschafts- und Schenkungssteuer	142.874	37.702	-105.172	-73,61
Stiftungseingangssteuer	31.624	43.105	11.481	36,31
Bodenwertabgabe	263.204	272.733	9.528	3,62
Stabilitätsabgabe	2.088.074	1.923.407	-164.667	-7,89
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	117.889.722	124.436.388	6.546.666	5,55
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	79.499.018	81.883.987	2.384.968	3,00
Abgabe von alkoholischen Getränken	95	79	-16	-17,00
Tabaksteuer	3.933.085	5.233.320	1.300.235	33,06
Biersteuer	563.399	590.724	27.326	4,85
Mineralölsteuer	13.403.385	13.779.992	376.607	2,81
Alkoholsteuer	465.036	480.443	15.407	3,31
Schaumweinsteuer	4.465	3.674	-791	-17,71
Kapitalverkehrsteuern	198.245	172.536	-25.709	-12,97
Werbeabgabe	1.499.792	1.466.564	-33.229	-2,22
Energieabgabe	3.227.175	3.149.622	-77.553	-2,40
Normverbrauchsabgabe	1.500.689	1.380.950	-119.740	-7,98
Flugabgabe	324.310	333.109	8.799	2,71
Grunderwerbsteuer	29.909.610	28.597.648	-1.311.963	-4,39
Versicherungssteuer	3.050.232	3.129.003	78.771	2,58
Motorbezogene Versicherungssteuer	3.155.753	3.326.380	170.627	5,41
KFZ-Steuer	183.652	161.195	-22.457	-12,23
Konzessionsabgabe	951.551	869.303	-82.247	-8,64
rechnungsmäßig Ertragsanteile	141.869.493	144.558.527	2.689.035	1,90
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	3.516.333	3.516.333	0	0,00
Summe sonstige Steuern	138.353.159	141.042.194	2.689.035	1,94
Kunstförderungsbeitrag	40.346	41.243	897	2,22
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	256.283.227	265.519.825	9.236.598	3,60
Zwischenabrechnung **)	7.345.569	6.143.123	-1.202.446	-16,37
Ertragsanteile gesamt	263.628.796	271.662.948	8.034.152	3,05
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	21.280.659	21.918.216	637.558	3,00
Getränkesteuerausgleich (**)	451.976	634.876	182.900	40,47
Summe Getränketeuerausgleich	21.732.635	22.553.092	820.458	3,78
Werbesteuerausgleich	240.999	235.466	-5.532	-2,30
Werbeabgabe nach der Volkszahl	1.258.794	1.231.097	-27.696	-2,20
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	1.003.340	1.003.340	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR FEBRUAR 2013

(vorläufiges Ergebnis)

	Jänner 2013 (endgültig)	Februar 2013 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	106,6	106,9
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	116,7	117,1
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	129,1	129,5
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	135,8	136,2
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	177,6	178,1
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	276,1	276,9
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	484,5	485,9
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	617,3	619,1
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	619,3	621,1

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Februar 2013 beträgt 106,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Jänner 2013 um 0,3% gestiegen (Jänner 2013 gegenüber Dezember 2012: -0,6%). Gegenüber Februar 2012 ergibt sich eine Steigerung um 2,5% (Jänner 2013/2012: 2,7%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck